



Du willst mehr über die neue Landesspitze erfahren? Dann findest Du hier einige Personenangaben und jeweils drei Fragen an das Team: <https://link.spd.de/neuesteam>

DAS NEUE TEAM STEHT: JETZT GEHT'S LOS

Aufbruchstimmung bei der NRWSPD. Kurz bevor er auf dem Landesparteitag mit 80,3% zum neuen Landesvorsitzenden gewählt wurde, traf Sebastian Hartmann mit einer kämpferischen Rede den Nerv der 485 Stimmberechtigten im Saal: „Niemand will eine traurige Truppe, die selbst nicht an ihren Erfolg glaubt.“ Eine neue sinnstiftende Idee für NRW, ein stark verjüngter Landesvorstand, Schluss mit der Selbstbeschäftigung – der Landesverband hat in Bochum den Startschuss für eine bessere SPD gesetzt.

Dass dies nun dringend notwendig sei, legte der scheidende Parteichef Michael Groschek den Delegierten gleich zu Beginn dar. Er, der die NRWSPD nach der Landtagswahl in schwieriger Lage übernahm und nun nicht mehr antrat, erklärte den von ihm geleiteten Übergang für beendet: „Wir stellen heute das neue Team auf. Wir blicken nach vorne.“

So kam es. Mit einem Durchschnittsalter von 41 Jahren bekommt die SPD in NRW die jüngste Parteispitze aller Zeiten. Die neue Generalsekretärin Nadja Lüders (erhielt 77,5%), die stellvertretenden Vorsitzenden Marc Herter (67,6%), Elvan Korkmaz (82,4%), Veith Lemmen (77,3%), Sören Link (83,5%), Dörte Schall (89,7%)

und Schatzmeister André Stinka (gewann mit neun Stimmen die Wahl gegen Ibrahim Yetim) übernehmen neben dem Bornheimer Hartmann Verantwortung. Insgesamt umfasst der Landesvorstand 38 Personen, die Hälfte davon neu im Gremium. Besonders die NRW Jusos konnten sich über gute Wahlergebnisse freuen. Ihre fünf Kandidaturen überzeugten die Delegierten im Bochumer RuhrCongress.



Jetzt zählen Ideen. Der mitgliederstärkste SPD-Landesverband habe eine Aufgabe als starke Opposition in NRW und Ideengeber im Bund, so Hartmann: „Wir müssen ein doppelter Motor sein.“ Sebastian Hartmann und Nadja Lüders wollen nun eine Dauerkampagne starten, die starke Antworten einer linken Volkspartei auf die Fragen unserer Zeit liefert. Arbeit, soziale Sicherheit, Bildung – die aktuelle Politik stelle bei diesen Zukunftsthemen zu wenig die Weichen.

Ein radikales neues Denken, ein „New Deal“ müsse her, mit dem man wieder in das investiere, was die Bürgerinnen und Bürger in ihrem Leben benötigen. „Was bei Zocker-Banken geht – das muss auch in Stadt und Land möglich sein. Wir brauchen endlich eine „Bad Bank“, um unsere Städte und Gemeinden von ihrer Schuldenlast zu befreien. Lasst sie uns wieder in die Lage versetzen, Schulen zu den modernsten Lernorten zu machen oder auch mal wieder Bibliotheken oder Schwimmbäder zu bauen“, forderte Sebastian Hartmann.

Ein anderes Beispiel: „Die Wohnkosten sind längst zur sozialen Frage des Jahrzehnts geworden. Wir müssen Wohnungen im öffentlichen Eigentum bauen und modernisieren. Dafür brauchen wir eine neue Wohnbaugesellschaft des Landes.“

Sie haben sich also einiges vorgenommen in der Landespartei. Von nun an heißt es: Auf nach vorne.

Fotos, Videos, die Anträge und viele weitere Informationen zum Parteitag:

<https://link.spd.de/lpt2018>





Im Landtagswahlkampf hatte Armin Laschet allen alles versprochen. Ein Jahr später steht fest: Gehalten wird wenig bis nichts. „Mehr Bewegung, weniger Stau?“ Wurde auf das Jahr 2036 verschoben. Die versprochene Senkung der Grunderwerbssteuer? Kommt nicht. Mehr Geld für die Hochschullehre? Wird es nicht geben. Ein Konzept gegen den Lehrermangel? Fehlangeize. Stattdessen sollen Lehrerinnen und Lehrer jetzt bis zu sechs Wochenstunden mehr arbeiten. Diese Koalition ist eine der gebrochenen Versprechen. Und sie wird schon bald eine Koalition der enttäuschten Hoffnungen sein.

SELBSTGERECHT ANSTATT GERECHT! EIN JAHR SCHWARZ-GELB IN NRW

Von Thomas Kutschaty, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion

Doch schlimmer noch als die Versprechungen, die CDU und FDP nicht einhalten, ist das, was sie tatsächlich tun: Die rot-grünen Gesetze für gute Arbeit und gegen Lohndumping werden aufgeweicht, Arbeitnehmer- und Mieterrechte werden geschliffen und Umweltstandards gesenkt. Der Niedriglohnsektor wächst, immer mehr Menschen werden nur befristet eingestellt. Doch für diese Landesregierung zählt nur die „Freiheit des Marktes“. Gerade in den Ballungsräumen wird der Mangel an bezahlbarem Wohnraum immer schlimmer. Und trotzdem kürzen CDU und FDP die Mittel für den sozialen Wohnungsbau. Die Verfolgung von Steuersündern wird nicht mehr so ernst genommen. Ankäufe von Steuer-CDs gibt es nicht mehr und die besten Köpfe aus der Wuppertaler Steuerfahndung – einst die erfolgreichste Europas – sind aus Frust in die Privatwirtschaft gewechselt. Die Stabstelle für Umweltkriminalität wird aufgelöst. Wer eben

seine Steuern nicht zahlt oder seinen Müll illegal im Rhein entsorgt, soll nach dem Willen der Landesregierung nicht konsequent verfolgt werden. Unsere Gerichte haben doch schon so viel Arbeit mit den Schwarzfahrern.

Ein eigenes Kapitel ist die Arroganz, mit der sich die Regierung Laschet über die Regeln des politischen Anstands hinwegsetzt. Allen Befangenheiten zum Trotz wurden Top-Lobbyisten wie Friedrich Merz oder Wolfgang Bosbach zu Chefberatern berufen. Ein Medienunternehmer sollte Medienminister werden, obwohl dessen Entscheidungen direkte Auswirkungen auf sein Vermögen gehabt hätten. Ministerin in eigener Sache wurde auch Laschets erste Landwirtschaftsministerin, Christina Schulze Föcking: Sie ließ ihr eigenes Ministerium die zweifelhaften Zustände auf ihrem Hof rechtfertigen und täuschte über Wochen die Öffentlichkeit über einen Hackerangriff auf das TV-Netz ihrer Familie, den es nie gegeben hatte.

Die Politik der Regierung Laschet gehorcht den Regeln des marktliberalen Lobbyismus. Nichts hat diese Landesregierung nötiger als eine fleißige und schlagfertige Opposition. Sie wird sie bekommen! ■

Die Fraktion der SPD im NRW-Landtag stellt online ihre Jahresbilanz zu Laschets Regierung vor: www.spd-fraktion-nrw.de

DAS RUHRGEBIET VERDIENT MEHR ALS WEISSE SALBE

Von Achim Post, Vorsitzender der NRW-Landesgruppe in der SPD-Bundestagsfraktion, und Michael Groß, Sprecher der SPD-Bundestagsabgeordneten aus dem Ruhrgebiet



Großspurig verkündeten CDU und FDP in ihrem Koalitionsvertrag eine neue Vision für das Ruhrgebiet. Rund ein Jahr später ist die Ernüchterung groß.

Das Format: Was als große Konferenz unter Beteiligung von EU- und Bundesprominenz angekündigt wurde, ist zu einer auf mehrere Jahre angelegten Debatte verschiedener Fachforen geschrumpft. Dabei ist die Zeit der Analysen längst vorbei. Wir wissen genau, wo die Herausforderungen im Ruhrgebiet liegen. Aber Schwarz-Gelb muss sich wohl erst noch ins Thema einarbeiten.

Die Inhalte: Es lässt sich nur erahnen, in welche Richtung die Überlegungen der Landesregierung gehen. Da ist zum Beispiel der Begriff der „Talentschulen“. Bei einer Gesamtzahl von über 1.000 Schulen im Ruhrgebiet sollen 30 von ihnen besser ausgestattet werden. Ein klassischer Tropfen auf den heißen Stein. Die SPD hat in Bund und Land Förderprogramme zur Sanierung von Schulen aufgelegt. Diesen Weg der Bildungsgerechtigkeit in allen Stadtteilen sollte Laschet besser fortsetzen, anstatt mit Symbolprogrammen weiße Salbe auf die offene Wunde zu geben.

Die Gesamt-Performance: Während wir noch immer auf progressive Ideen für das Ruhrgebiet warten, mutiert Schwarz-Gelb zunehmend zu einer Regierung der sozialen Kälte. Die massive Kürzung der Wohnungsbaumittel und deren Umschichtung zugunsten der Eigentumsförderung, das lange Warten der Kommunen auf die Integrationsmittel des Bundes, die Abkehr vom Kampf gegen Steuerhinterziehung und der Wegfall der Städtebaufördermittel im Rahmen von „Innovation City“ sind nur einige Beispiele einer langen Liste unsozialer Entscheidungen.

Klar ist, dass das Ruhrgebiet mit seinen über fünf Millionen Einwohnern keine Priorität bei der Landesregierung erfährt. Die SPD sorgt stattdessen über die Regierungsbeteiligung im Bund für ganz konkrete Fortschritte zum Beispiel bei der Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit, bei der finanziellen Unterstützung der Städte oder bei der Herstellung von Chancengerechtigkeit für unsere Kinder.

Und wir kündigen Konferenzen nicht nur an, sondern führen sie auch durch:

SAVE THE DATE!

Ihr seid alle herzlich eingeladen zur Fortführung unserer Veranstaltungsreihe

„Ruhrgebiet – Tradition neu denken“

am 14. September in Bottrop mit Olaf Scholz!



ZWEISTELLIGE AfD-ERGEBNISSE – DAGEGEN MÜSSEN WIR WAS TUN!

In einigen Regionen NRWs hat die AfD hohe Ergebnisse erzielt. Aus diesen Regionen wurden SPD-Verantwortliche eingeladen, um ihre Erfahrungen auszutauschen und diese Entwicklung zu diskutieren.

Was mache ich mit meiner Rente, die viel zu klein ist? Wie geht es mit meiner Arbeit weiter? Und wie schaffen wir Kommunen, in denen Alteingesessene und neu Ankommende glücklich miteinander zusammenleben? Diese Fragen wurden Mike Groschek bei zahlreichen Haustürbesuchen im vergangenen Jahr mitgegeben, erzählt er zu Beginn der Veranstaltung in Essen. Unter dem Titel „Zweistellige AfD-Ergebnisse – dagegen müssen wir was tun“ waren Mitte Juni BezirksbürgermeisterInnen und BezirksvertreterInnen aus den Kommunen mit hohen AfD-Ergebnissen zusammengekommen. Angeregt hatte diesen Erfahrungsaustausch ein Genosse bei der großen Mitgliederbefragung der NRWSPD nach der Bundestagswahl.

Über mehrere Stunden diskutierten die FunktionsträgerInnen ihre Erfahrungen, die Gründe für diese Entwicklung und erörterten, wie darauf reagiert und das verlorene Vertrauen von Wählerinnen und Wählern wieder zurückgewonnen werden kann. „Klar, dass das alles bei Euch,

den ‚Prellböcken‘ vor Ort, als erstes landet“, betonte der Landesvorsitzende. „Wir als NRWSPD sind gut beraten, wenn wir den Austausch mit Euch auf der kommunalen Ebene verstetigen und die Ohren in Eure Richtung aufsperrten!“

Damit sprach er Michael Zühlke aus der Seele. Der Bezirksbürgermeister aus Essen-Zollverein wünschte sich – wie viele weitere PraktikerInnen in der Runde – dass die kommunale Ebene mehr Beachtung in der Landes- und Bundes-SPD findet: „Wir bekommen doch die Auswirkungen von Politik am ehesten mit! Also fragt uns auch mal!“, forderte er. Klaus Kost, langjähriger Genosse und in der Beratung tätig, rief dazu auf, die Werte der SPD, vor allem die Solidarität, wieder als wichtigsten Maßstab für unser Handeln vor Ort zu gebrauchen: „Solidarität kennen die AfD-Leute nicht! Das ist unsere Grundlage, unser Werkzeug“, so Kost. Wo es diesen so wichtigen Wert nicht mehr gebe, könnte die AfD unheilvoll wirken, weil sie vermeintliche Solidarität vorgaukelt, tatsächlich aber das Gegenteil bewirken

will: Ausgrenzung und Spaltung. Auch Lena Halbedel war an diesem Samstag nach Essen gekommen. In ihrer Bachelor-Arbeit beschäftigt sich die Studentin mit der Frage, wie Politik wieder den direkten Kontakt mit den Bürgern herstellen kann. Sie empfiehlt, zuerst im eigenen Stadtteil anzufangen und dort das eigene Problembewusstsein zu schärfen. Und dann müsse man sich darauf konzentrieren, Lösungsansätze gemeinsam mit den dort lebenden Menschen zu finden, rät sie.

Nach dem intensiven Austausch wurden in fünf Gruppen konkrete Leitfäden erarbeitet, die aufzeigen, wie den viel beschworenen negativen Gefühlen der Menschen – z. B. Besorgnis, Hoffnungslosigkeit und Resignation – künftig begegnet werden kann. Der intensive Austausch und die konkreten Ergebnisse des gemeinsamen Tages werden den Beteiligten künftig bei ihrer Arbeit vor Ort helfen. Am Ende war sich die Gruppe einig: So ein Austausch ist wichtig. Den sollte es in Zukunft öfter geben. ■





WILLI-EICHLER-
AKADEMIE e.V.

WACHABLÖSUNG AN DER SPITZE DER WILLI- EICHLER-AKADEMIE E. V.

Der Trägerverein des Willi-Eichler-Bildungswerks bekommt einen neuen Vorsitzenden: Nach stolzen 41 Jahren hat Günter Schlatter den Vorsitz niedergelegt. Der 77-Jährige, Bundestagsabgeordneter von 1980 bis 1987 und Vorsitzender des SPD-Bezirks Mittelrhein zwischen 1973 und 1987, zählte zu den Gründervätern der Kölner Einrichtung der politischen Bildung. Zu Schlatters Nachfolger wählte die Mitgliederversammlung im Mai Martin Schilling.

3 MAL KURZ UND KNAPP MIT ANDRÉ STINKA



Ein neuer Arbeitskreis der NRWSPD wird sich künftig dem breiten Themenfeld „Umwelt“ widmen. Wie sozialdemokratische Umweltpolitik aussieht und welche Schwerpunkte der AK legen will, erzählt uns der Vorsitzende André Stinka.

Warum braucht die NRWSPD einen Umwelt-Arbeitskreis?

Wir haben das Thema Umwelt zu lange nicht intensiv genug bearbeitet. Dabei betrifft Umweltverschmutzung – ob es nun die zu hohen Schadstoffwerte in der Luft oder die Verunreinigung von Flüssen und Seen ist – vor allem die Menschen, für die wir überwiegend Politik machen. Menschen, die sich nicht ein Haus in bester Lage leisten können und mit dem zurechtkommen müssen, was vor ihrer Haustüre liegt. Deshalb müssen wir uns wieder fragen: Wie wollen wir Sozialdemokraten Umweltgerechtigkeit definieren? Wie schaffen wir eine ausgewogene biologische Vielfalt in NRW? Und wie können wir nachhaltig leben? Hier brauchen wir gute Antworten und müssen in der Partei ein eigenes Profil zum Thema Umwelt entwickeln. Und dazu brauchen wir einen Platz in der Partei, wo wir strittig solche und andere Fragen diskutieren können. Wir dürfen den Grünen das Thema nicht überlassen.

Apropos, Grüne – die haben in der Vergangenheit oft auf Reglementierung gesetzt. Was ist denn das Merkmal sozialdemokratischer Umweltpolitik, was machen wir besser?

Natürlich müssen wir beispielsweise auch einige Schadstoffe begrenzen. Aber ich möchte grundsätzlich eine andere Umweltpolitik für Sozialdemokraten definieren. Wir wollen die Menschen in die Lage versetzen, dass sie sich entscheiden können – ich will ihnen nicht das Leben vorschreiben. Deswegen haben wir auch Umweltbildung und Verbraucherbildung eingeführt. Umweltbildung in den Quartieren hilft hier enorm, um Entscheidungsmöglichkeiten zu geben. Die Menschen können aber erst entscheiden, wenn sie den Wert von Umwelt und Lebensqualität erkennen. Wir dürfen auch nicht mit akademischen Agendadebatten überzeugen, sondern müssen ganz konkret vor Ort zeigen: Was habe ich davon, wenn die Schadstoffbelastung in der Luft weniger wird oder der Fluss nebenan wieder sauber ist? Also praktische Umweltpolitik machen und so die Menschen für uns zurückgewinnen.

Das Thema Umwelt hat viele Facetten – wo wollt ihr als erstes Pflöcke einschlagen?

Saubere Luft, sauberes Wasser und Lebensqualität in der Stadt sind für uns die großen Schwerpunkte in den nächsten Monaten. Und Letzteres geht mit den anderen beiden Punkten Hand in Hand. Wenn wir uns den Emscherumbau anschauen, dann sehen wir viele Stadtteile, wo die Lebensqualität wieder gestiegen ist. Das Kötterbecken ist weg und jetzt haben wir hier einen renaturierten Fluss, der den Menschen als Naherholungsgebiet dient. So haben die Menschen auch einen anderen Zugang zu Natur und erfahren gleichzeitig, dass Lebensqualität nicht nur etwas für die vornehmen Stadtteile ist. Und wenn wir beim Thema Umwelt wieder starke Positionen vertreten, treiben wir auch die Landesregierung weiter vor uns her. Im Moment gibt es ja keine Umweltpolitik in NRW. Die bisherige Umweltministerin hat vor allem Landwirtschaftsinteressen vertreten und die übrige Mitte-Rechts-Koalition scheint den Umweltschutz auch eher als zweitrangig anzusehen. Ihre Wirtschaftspolitik und das sogenannte Entfesselungspaket gehen zu Lasten der Umwelt, beispielsweise wenn der Klimaschutzplan reduziert wird. Umso mehr eine Chance für uns, sozialdemokratische Umweltpolitik selbstbewusst zu formulieren. ■

IMPRESSUM

Herausgeber
Redaktion
E-Mail
Internet

Nadja Lüders, SPD-Landesverband NRW, Kavalleriestraße 16, 40213 Düsseldorf
Marcel Atoui, Jonas Banken
vorwaerts@nrwspd.de
www.nrwspd.de